

A1 By2020WeRiseUp - Klimagerechtigkeit jetzt!

Antragsteller*in: Annka Esser, Marlene Jahn, Kira Wesbuer, Justus Zimmermann, Alexander König, Alexander Kräß (GRÜNE JUGEND Berlin)
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

1 By2020weriseup – Klimagerechtigkeit jetzt!

2 2020 halten sowohl Berlin, als auch Deutschland und die EU die Klimaziele nicht
3 ein, die in Paris 2015 auf der Weltklimakonferenz vereinbart wurden, um unsere
4 Lebensgrundlage zu erhalten. Bei jedem Zehntel Grad globale Erdaufheizung
5 bedeutet das die meist unumkehrbare Zerstörung der Lebensgrundlage Tausender
6 Menschen und das Aussterben von Tierenarten.

7 Während Fridays for Future mittlerweile seit über einem Jahr für eine
8 klimagerechte Welt auf die Straße geht, ist politisch viel zu wenig passiert.
9 Wir werden diese Untätigkeit nicht länger akzeptieren. 2020 werden wir unseren
10 Protest in alle Klassenzimmer, in jeden Arbeitsplatz, auf die Straße und unsere
11 Freund*innenkreise tragen, bis allen klar ist, warum wir drastisch die
12 Treibhausgasemissionen sofort senken müssen. Die globale Temperatur muss so
13 niedrig wie nur möglich gehalten werden.

14 Heute können wir noch bestimmen, wie stark sich die Welt verändert. Und selbst
15 heute lassen sich die Folgen der bisherigen Erderwärmung nicht mehr
16 zurückdrehen. Sobald wir aber bestimmte Kipp-Punkte erreicht haben, werden
17 Kettenreaktionen angestoßen, die wir vermutlich nicht mehr aufhalten können. Und
18 ungerechterweise sind erst die von der Klimakrise betroffen, die am wenigsten
19 dazu beigetragen haben, sowie am wenigsten politische Gestaltungsmacht haben,
20 geschweige denn sich gegen die Folgen des Klimawandels schützen können. Dies
21 gilt innerstädtisch wie global.

22 In Berlin leben etwa meist finanziell schwächer ausgestattete Menschen an
23 vielbefahrenen Straßen oder in energetisch nicht sanierten Häusern. Die
24 Klimakrise ist deshalb auch eine soziale Gerechtigkeitsfrage, weil nur bestimmte
25 Menschen über die Mittel verfügen sich gegen die Folgen des Klimawandels zu
26 wehren.

27 Wir als Grüne Jugend Berlin sagen klar: Wir wollen nicht länger auf dem Rücken
28 von Menschen im Globalen Süden leben. Den Kapitalismus, der auf unendlichem
29 Wachstum und Ausbeutung von Menschen, Tieren und Natur basiert und somit Schuld
30 an der Klimakrise ist, müssen wir zeitnah überwinden!

31 Damit stehen wir vor einer riesigen gesellschaftlichen Herausforderung, die wir
32 nur gemeinsam schaffen. Es geht nicht darum, Berliner*innen grundlos das
33 Autofahren oder Fleisch essen zu verbieten. Grundlage der Debatte sollten nicht
34 individuelle Konsumentenscheidungen sein, sondern wie wir es schaffen
35 schnellstmöglich unsere Treibhausgasemissionen auf ein Netto-Null spätestens
36 2030 zu reduzieren um unsere Lebensgrundlage zu erhalten.

37 Wir müssen endlich anfangen, uns über unsere Bedürfnisse auszutauschen und
38 gemeinsam auszuhandeln, wie wir diese klima- und sozialverträglich gerecht
39 werden können. Für einige Menschen wird dieser Wandel hin zu einer
40 klimaneutralen Gesellschaft drastische Folgen haben, sodass sich beispielsweise
41 ihr Berufsfeld ändert. Sie dürfen nicht alleine gelassen werden. Wir müssen uns

42 aber der Verhältnismäßigkeit bewusst sein: Kein Geld oder Arbeitsplatz ist es
43 wert, dass Menschen im globalen Süden und nachfolgende Generationen ihre
44 Lebensgrundlage verlieren.

45 Wir müssen jetzt handeln und den Kapitalismusausstieg 2020 einleiten und damit
46 unsere gesamte Lebensweise in Frage stellen. Die Klimakrise aufzuhalten, ist die
47 wichtigste Ausgabe unserer Generation. Gemeinsam kämpfen wir für eine
48 klimagerechte Welt!

49 Klimagerechtigkeit und Feminismus – one struggle, one fight!

50 Die Klimakrise verschärft soziale Ungerechtigkeit und so sind Frauen* und
51 Mädchen* weltweit am

52 stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen.

53 Eine Folge des Klimawandels sind beispielsweise längere Wasserwege, die dazu
54 führen kann, dass Mädchen* keine Bildung genießen können.

55 Des Weiteren sterben bei Umweltkatastrophen oft bis zu Vier mal mehr Frauen*,
56 weil sie zum Beispiel nicht schwimmen gelernt haben, sie sich im Gegensatz zu
57 Männern* Zuhause aufhalten, wo es keine Frühwarnsysteme gibt oder auch
58 verantwortlich für die Leben von Kindern oder älteren Verwandten sind. Trotz der
59 stärkeren Betroffenheit, werden sie meist gar nicht in Entscheidungsprozesse
60 über Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen eingebunden, obwohl sie, gerade
61 indigene Frauen*, in vorderster Reihe gegen die fossile Industrie und die durch
62 deren Wirtschaften verursachte Umweltzerstörung kämpfen und dafür sogar tödliche
63 Repressionen in Kauf nehmen.

64 Aber auch in Ländern des globalen Nordens, wie Deutschland, haben Frauen*
65 aufgrund von stereotypen Verhaltensweisen oder geringerer finanzieller Mittel
66 oft kleinere CO₂-Fußabdrücke als Männer*. Auch hier wird Klimapolitik in den
67 meisten Fällen von Männern* für Männer* gemacht. E-Auto-Förderungen nutzen zum
68 Beispiel fast ausschließlich weiße, mittelalte Akademiker*, da sie die
69 finanziellen Mittel haben und nicht auf Viersitzer angewiesen sind. Frauen* sind
70 im Gegensatz dazu durchschnittlich eher mit dem ÖPNV unterwegs oder nutzen kurze
71 Fußwege. Viele Maßnahmen, wie Energieberatungen, werden deutlich weniger von
72 Frauen* genutzt, weil diese meist sehr technisch sind und sich Frauen* aufgrund
73 von geschlechterstereotyper Erziehung weniger angesprochen fühlen. An dieser
74 Stelle muss noch einmal klar gestellt werden, dass Frauen* sich nicht biologisch
75 bedingt weniger für E-Autos oder Energieberatungen interessieren, sondern dass
76 dies die Folgen unserer gesellschaftlichen Machtverhältnisse und Strukturen
77 sind.

78 Gleichzeitig ist es eine Realität, die sich durch alle Lebensbereiche zieht,
79 dass die Tätigkeiten, die durchschnittlich eher männlich besetzt sind, stärker
80 gefördert werden. Auch in der Klimapolitik. Solange diese soziale Realität
81 vorhanden ist, ist eine feministische Klimapolitik nötig! Es muss jedoch immer
82 wieder kritisch reflektiert werden, wie die patriarchalen kolonialrassistischen
83 Strukturen unserer Gesellschaft aufgebrochen werden können!

84 Für uns ist klar, wenn wir unsere Lebensgrundlage erhalten und unsere
85 Gesellschaft klimagerecht umbauen wollen, brauchen wir auch das Wissen und die
86 Perspektive von Frauen*. Dafür müssen Frauen* in alle Entscheidungsprozesse über
87 Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen mit eingebunden werden. Einfach die

88 bestehenden Entscheidungsstrukturen mit mindestens 50% Frauen* zu besetzen
89 reicht aber nicht aus! Perspektiven von Frauen* müssen bei allen Maßnahmen und
90 Konzepte mit gedacht werden. Dafür müssen diese konsequent durch beispielsweise
91 Gender Budgeting darauf geprüft werden, ob Frauen* gleichberechtigt von den
92 Maßnahmen profitieren oder sich von ihnen angesprochen fühlen. Daher sprechen
93 wir uns für einen geschlechtergerechten Klimavorbehalt aus.

94 Wir fordern:

- 95 • konsequente, gleichberechtigte Einbindung von Frauen* in die
96 Entscheidungsprozessen für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen
- 97 • den geschlechtergerechten Klimavorbehalt

98 Verkehrswende Jetzt!

99 Der gesamte Verkehrssektor in Deutschland ist für über 18% der Treibhausgase
100 verantwortlich. Obwohl die spezifischen Emissionen eines PKWs in den letzten 30
101 Jahren stark gesunken sind, wurde deutlich mehr Auto gefahren, was absolut eine
102 Steigung der Emissionen im Verkehrssektor seit 1990 zur Folge hatte.

103 Um die Schäden, die durch die Klimakrise entstehen zu begrenzen, brauchen wir
104 sofort eine radikale Verkehrswende!

105 Autofreie Stadt jetzt!

106 Das vom Auto ein sehr großer Teil, der in der Stadt verfügbaren Fläche
107 eingenommen wird und dies immer noch z.B. durch (fast) kostenlose
108 Anwohner*innenparkausweise oder billige Parkgebühren stark subventioniert wird,
109 ist nicht hinnehmbar! Damit Berlin seine Klimaziele einhalten kann, müssen wir
110 endlich weg vom motorisierten Individualverkehr! Daher fordert die Grüne Jugend
111 Berlin eine autofreie Innenstadt bis 2025.

112 Anfangs könnte der Berliner Senat auf Anreize setzen, das Auto stehen zu
113 lassen. Wir unterstützen Maßnahmen, wie die künstliche Verknappung und
114 Verteuerung von Parkfläche. Außerdem sollen nach und nach immer mehr Straßen für
115 Autos gesperrt werden und zu reinen Fahrradstraßen umgewandelt werden.

116 Bis 2030 soll Berlin dann komplett autofrei sein. Um diese drastische Umstellung
117 sozial gerecht zu gestalten, sollen Carsharing-Angebote mit Elektro- und
118 Wasserstoffautos auf die Außenbezirke ausgeweitet werden. Für Menschen, die nach
119 Berlin pendeln, soll es große Parkplatzanlagen am Rand der Stadt geben. Alle
120 Autofahrer*innen, die ihr Auto dort abstellen, sollen mit einem kostenlosen ÖPNV
121 Ticket belohnt werden. Die Fahrrate[1] der einzelnen Bezirke sollen lokal
122 weitere Konzepte erarbeiten, die die ökologische Weiterfahrt von den Parkplätzen
123 am Stadtrand ermöglichen.

124 Durch die autofreie Stadt werden einerseits große Mengen Co2 eingespart und
125 andererseits verbessert sich die Lebensqualität enorm - Weniger Lärm, Feinstaub
126 und Abgase[2]. Der, durch Parkfläche und Straßen, frei werdende Platz soll für
127 breitere Fahrradwege genutzt oder alternativ entsiegelt, begrünt und dann als
128 Begegnungsfläche im Kiez gebraucht werden. Nur so kann die öffentliche Fläche in
129 der Stadt endlich fair von allen Berliner*innen in gleichem Maße genutzt werden
130 und wird nicht von einem kleinen, privilegierten Teil, der ein Auto hat,

131 dominiert. Autos nehmen momentan überproportional viel Platz im Stadtbild ein
132 und drängen alle anderen Verkehrsteilnehmer*innen stark am den Rand.

133 Guter ÖPNV für alle!

134 Um eine sinnvolle Alternative zum Auto innerhalb der Stadt bieten zu können,
135 brauchen wir

136 massive Investitionen in den Berliner ÖPNV. Wir unterstützen die Pläne des
137 Senats in den nächsten 15 Jahren knapp 30 Milliarden Euro in den Nahverkehr zu
138 investieren[3]. Es gibt viele überlastete Strecken, Züge und Busse sind marode,
139 weshalb es zu Ausfällen und Verspätungen kommt. Außerdem sind Randbezirke
140 oftmals nicht gut angebunden (gerade in der Nacht). Diese Defizite müssen so
141 schnell wie möglich behoben werden, damit der ÖPNV für alle Berliner*innen eine
142 gute und sinnvolle Alternative darstellt. Außerdem begrüßen wir, dass alle
143 Berliner Schüler*innen bereits ein kostenloses Ticket erhalten und fordern dies
144 in Form der Bärenkarte[4] auf alle Berliner*innen auszuweiten. Langfristig
145 setzen wir uns für einen, zu jeder Zeit, umlagenfinanzierten ÖPNV ein.

146 Der aktuellen Tendenz, die Berliner Busflotte zu elektrifizieren stehen wir
147 kritisch entgegen, da mit der Herstellung der Batterien ein hoher
148 Materialaufwand einhergeht und damit aus ökologischer Sicht keine wirkliche
149 Alternative darstellt. Aus diesem Grund fordern wir, dass bei weiterer
150 Ausweitung der Bussflotte, die Verwendung von alternativen Antrieben, wie
151 Wasserstoff, oder die Förderung von Oberleitungsbussen geprüft werden.

152 Die Straßen den, die sie brauchen!

153 Neben dem ÖPNV möchten wir den Fußgänger*innen und Radfahrenden höchste
154 Priorität im Straßenverkehr geben und ihnen mehr Platz zur Verfügung stellen.
155 Fahrradwege müssen weiter und schneller ausgebaut werden, damit man überall
156 sicher mit dem Fahrrad hin fahren kann. Berlin braucht mehr sogenannte
157 „Protected Bike Lanes“[5], wie in Berlin-Mitte an der Holzmarktstraße. Diese
158 bieten Radfahrenden durch die klare Abgrenzung zum Autoverkehr besonderen Schutz
159 und außerdem deutlich mehr Platz, als auf den konventionellen Fahrradweg neben
160 dem Bürger*innensteig oder am Rand der Straße.

161 Außerdem sollen auch Fahrradschnellwege ausgebaut, erweitert und gefördert
162 werden. Nur durch reine Fahrradstraßen kann die Unfallgefahr für Radfahrende
163 minimiert werden. Schon existierende Straßen können durch den Einsatz von
164 Pollern für Autos unpassierbar gemacht werden. Einen Fahrradring parallel zum S-
165 Bahn-Ring halten wir für eine gute Möglichkeit mit dem Fahrrad in der Innenstadt
166 sicher mobil zu sein.

167 Wir fordern außerdem mehr gut ausgeleuchtete Fahrradstellplätze z.B. an
168 Bahnhöfen und Fahrradparkhäuser, damit das Risiko durch Fahrraddiebstahl
169 minimiert wird.

170 Damit zu Fuß gehen attraktiver wird, fordern wir optimierte Ampelzeiten für
171 Fußgänger*innen, sowie barrierefreie Fußwege, damit sich auch Menschen im
172 Rollstuhl frei in der Stadt bewegen können.

173 Fußgänger*innen teilen sich heutzutage oftmals den Bürger*innensteig mit E-
174 Rollern, Radfahrenden und illegal parkenden Autos. Das darf nicht weiter
175 vorkommen! Die Bürger*innensteige müssen ausschließlich für Fußgänger*innen

176 sein. Darum muss an jeder Straße eine Fahrradweg existieren und die Strafen für
177 Falschparken müssen drastisch erhöht werden.

178 Scheinlösungen, die vom wahren Problem ablenken

179 Die Grüne Jugend Berlin positioniert sich klar gegen Scheinlösungen, wie E-
180 Roller. Diese sind

181 nicht nur extrem Umweltschädlich, sondern ersetzen letztendlich auch Wege,
182 welche ansonsten zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt wurden[6]. Aus diesem
183 Grund fordern wir den Berliner Senat auf endlich ehrlich die Verkehrswende voran
184 zu bringen und nicht durch Scheinlösungen abzulenken.

185 Am Boden bleiben!

186 Fliegen ist die mit Abstand schädlichste Fortbewegungsmethode und gerade
187 Inlandsflüge sind aufgrund des einigermaßen flächendeckenden Bahnnetzes
188 überflüssig und nicht ethisch vertretbar. Aus diesem Grund fordern wir, dass vom
189 Flughafen Tegel, Schönefeld und bei Eröffnung des BER auch dort keine
190 Inlandsflüge starten und landen.

191 Außerdem muss der Flughafen Tegel umgehend geschlossen werden, da die Menschen,
192 die in den Bezirken Pankow, Reinickendorf und Spandau leben, extrem unter dem
193 Fluglärm und Abgasen der Flugzeuge leiden.

194 Wir positionieren uns gegen den geplanten weiteren Ausbau des BER[7], da Fliegen
195 aufgrund der extremen Umweltschädlichkeit nicht zeitgemäß ist

196 Momentan gibt es manchmal durchaus berechtigte Gründe zu fliegen, z.B. wenn eine
197 geflüchtete Person die eigene Familie besuchen möchte. Jedoch müssen wir, damit
198 die Klimakrise effektiv gestoppt werden kann, langfristig vollständig auf das
199 Fliegen verzichten.

200 Konsequente Klimagerechtigkeit auch auf dem Wasser

201 Durch die Spree, die Havel, die Kanäle und die zahlreichen Seen ist Berlin auch
202 vom Schifffahrtsverkehr geprägt. Klimaschutz darf hier nicht Halt machen – nicht
203 nur Autos, sondern auch Boote müssen auf lange Sicht emissionslos werden. Wir
204 fordern deshalb: Boote mit alternativen Antrieben müssen verstärkt gefördert
205 werden und diesel- und gasbetriebene Schiffsmotoren zunehmend abgeschafft
206 werden.

207 Der Sport- und Privatschifffahrtsverkehr mit Motorbooten ist ein
208 klimaschädlicher Luxus, den sich nur wenige, wohlhabende Menschen leisten
209 können. Im Sinne einer lokalen und globalen Klimagerechtigkeit fordern wir, dass
210 er eingestellt werden soll.

211 Wir Fordern:

- 212 • •Berlin autofrei bis 2030
- 213 • •Kein Privatbesitz von Autos in Städten
- 214 • •Verknappung und Verteuerung von Parkfläche in Berlin
- 215 • •Ökologische sowie gemeinschaftliche Nutzung von frei gewordener Fläche
- 216 • •Massive Investitionen in ÖPNV
- 217 • •Bärenkarte für alle Berliner*innen, langfristig umlagenfinanzierter ÖPNV
- 218 • •Keine Inlandsflüge nach und von Berlin
- 219 • •Mehr Platz für Radfahrende und Fußgänger*innen
- 220 • •Sichere Fahrradwege
- 221 • •Erweiterungen der Möglichkeiten das Fahrrad abzustellen
- 222 • •Optimierte Ampelzeiten für Fußgänger*innen, barrierefreie Fußwege
- 223 • •Tegel schließen!
- 224 • •Kein weiterer Ausbau vom BER
- 225 • •klimafreundlichen Schiffsverkehrsverkehr in Berlin
- 226 • •Einschränkung/Verbot von privatem Schiffsverkehr

227 100% erneuerbare Energie für Berlin! Ausstieg aus den fossilen Energien bis
228 spätestens 2030!

229 Stromerzeugung macht in Berlin über 40% der CO2 Emissionen aus und ist somit
230 einer der Sektoren, der zur drastischen Reduzierung der Treibhausgasemissionen,
231 transformiert werden muss.

232 2017 wurde in Berlin als erstes Bundesland der Kohleausstieg beschlossen. Im
233 gleichen Jahr ging das letzte Braunkohlekraftwerk vom Netz. Nun gibt es in
234 Berlin noch 3 Steinkohlekraftwerke, die spätestens bis 2030 abgeschaltet werden
235 sollen. Weitere 10 Jahre will Berlin noch die dreckige Steinkohle verbrennen,
236 die nicht nur unter menschenunwürdigen Bedingungen abgebaut wird, die
237 entstehenden CO2 Emissionen heizten ebenfalls die globale Temperatur weiter an
238 und zerstören so die Lebensgrundlage tausende Menschen.

239 Diese Ungerechtigkeit nehmen wir nicht länger hin – wir brauchen den schnellst
240 möglichen Steinkohleausstieg spätestens bis 2025.

241 Die vom Senat und dem Kraftwerkbesitzer Vattenfall in Auftrag gegebene
242 Machbarkeitsstudie schlägt vor einen Großteil (60%) des Kohleausstiegs durch
243 fossiles Gas zu kompensieren. Dafür soll eine neue Gaspipeline gebaut werden.
244 Diese soll später zwar synthetisches Gas transportieren, allerdings ist hier
245 nicht bekannt, ab wann das möglich sein kann.

246 Für uns ist daher klar: dem Kohleausstieg muss sich der komplette Ausstieg aus
247 fossilen Energien anschließen. Mit dem vorgesehen hohen Erdgas-Anteil würde
248 Berlin sogar das selbst gestecktes Emissionsbudget verfehlen, das sich lediglich
249 am 2 Grad-Ziel orientiert. Die Grüne Jugend Berlin setzt sich für den Ausstieg
250 aus fossilen Energien bis spätestens 2030 ein, damit wir unter 1,5 Grad
251 Erwärmung bleiben! Wir brauchen ein Erneuerbare WärmeGesetz, das dies regelt.
252 Fernwärme aus der Müllverbrennung ist keine langfristige Lösung, denn das Ziel
253 sollte sein, dass so wenig Müll wie möglich verbrannt wird. Auch Fernwärme
254 sollte emissionsfrei produziert werden, daher stellen wir uns gegen eine
255 Ausweitung der Müllverbrennung.

256 Im Erneuerbare Wärme Gesetz müssen deshalb Grenzwerte für CO2 Emissionen
257 festgelegt werden, die von Jahr zu Jahr sinken, sodass das Ziel von Netto 0 bis
258 2030 eingehalten werden kann.

259 Ein Berliner Ausstieg aus den fossilen Energien ist aber nur wirksam, wenn
260 Brandenburg ebenfalls aussteigt. Berlin soll nicht nur Ökostrom produzieren,
261 sondern auch nur Ökostrom nutzen. Dafür müssen Berlin und Brandenburg stärker
262 als Energieregion zusammen gedacht werden. Mit politischem Willen hätte
263 Brandenburg und Berlin z.B. durch den Ausbau der Windenergie die Möglichkeit
264 100% erneuerbar zu werden. Berlin hat zwar kein Platz für Windenergie, aber ein
265 Potenzial für Solarenergie. Dieses wollen wir nutzen und fordern zum einen, dass
266 Großparkplätze am Stadtrand mit Solarpaneels überdacht werden. Zum anderen
267 fordern wir verpflichtende Solarpaneels auf jeden öffentlichen Gebäude und
268 Neubauten. Langfristig sollen alle Häuser auf denen dies möglich ist,
269 Solarpaneel auf ihrem Dach haben.

270 Da Solarpaneels seltene Erden enthalten, sollen diese bei Defekt recycelt statt
271 entsorgt werden. Eine 100% erneuerbare Stromgewinnung ist möglich, wir müssen
272 nur unterschiedliche Speicherungsmethoden kombinieren um die effizienteste
273 einheitliche Energiespeicherung zu sichern.

274 Wir setzen uns für dezentrale Bürger*innenenergie ein und wollen diese fördern.

275 Die Klimaziele von Paris einzuhalten, bedeutet aber auch, dass wir alle weniger
276 Strom verbrauchen! Hier muss ein Umdenken statt finden! Es müssen Konzepte
277 ausgearbeitet und umgesetzt werden, wie Energie effizienter genutzt werden kann.
278 Wir sprechen uns zum Beispiel gegen die massive Gebäudebeleuchtung zu
279 Werbezwecken oder die ganz tägliche Weihnachtsbeleuchtung in Berlin aus.
280 Lichtverschmutzung wird in Großstädten wie Berlin immer mehr zum Problem. Wir
281 erkennen an, dass bestimmte Beleuchtung wie beispielsweise Straßenbeleuchtung
282 nötig ist, damit verschiedene Menschengruppen nachts sicherer sind. Allerdings
283 sollte, wie beim letzten Beispiel, ein Sinn hinter der Beleuchtung stehen. Zudem
284 kann auch hier auf energiesparende Varianten geachtet werden, sowie dass die
285 Lampen nur leuchten, wo und wenn sie gebraucht werden.

286 Auch die energetische Sanierung trägt dazu bei, dass weniger Strom verschwendet
287 wird und ist so also auch für den Energiebereich eine sehr wichtige Maßnahme.
288 Öffentliche Gebäude wie Universitäten oder das Abgeordnetenhaus müssen hier
289 Vorbild sein und bis 2021 CO2 neutral werden.

290 Wir fordern:

- 291 • •den Berliner Kohleausstieg bis 2025, sowie den kompletten Ausstieg aus
292 fossilen Energien bis 2030
- 293 • •eine gemeinsame Energieregion Berlin und Brandenburg
- 294 • •eine stärkere Förderung von Solarenergie in Berlin
- 295 • •eine umfassende Prüfung, wo Energie eingespart werden kann und
296 entsprechende Gesetze, die sinnvolle Energienutzung fördern,
297 verschwenderische Energienutzung sanktionieren
- 298 • •CO2 neutrale öffentliche Gebäude bis 2021

299 Gebäudesektor klimaneutral bis 2030!

300 Der Gebäudesektor ist weltweit mit 3400 MT der fünft größte CO2
301 Verbrauchssektor. In Deutschland bildet er denn dritt größten
302 Emissionsverbrauch.

303 Daher fordert die Grüne Jugend eine Sanierungsquote von 10% pro Jahr, so dass
304 bis 2030 alle Gebäude saniert sind. Neben dieser Quote müssen bis 2025
305 Sanierungen mit Fördermitteln vom Land und Bund unterstützt werden. Die Kosten
306 für die Sanierung dürfen jedoch nicht die Mieter*innen belasten, daher darf nach
307 durchgeführten Maßnahmen nur dann eine verhältnismäßige Mieterhöhung erfolgen,
308 wenn nicht genug Fördermittel zur Verfügung stehen. Diese Mieterhöhung darf
309 auch nur dann erfolgen, wenn Sanierungsarbeiten durchgeführt wurden, die
310 nachweislich zum Klimaschutz beitragen.

311 Da momentan jedoch zu wenig Handwerksbetriebe energetische Sanierungen
312 durchführen können, muss der Senat Unternehmen, die heute schon solche Maßnahmen
313 durchführen können, aktiv durch mehr Fördermaßnahmen unterstützen und den Ausbau
314 der Betriebe auf diesem Gebiet fördern.

315 In der Bauindustrie muss eine grundsätzliche Entkarbonisierung stattfinden. Neue
316 Häuser/ Quartiere müssen mindestens zu 50% aus nachhaltigen Baustoffen bestehen.
317 Alternativen sind vor allem Holz, Stein und Lehm. Außerdem muss vermehrt auf
318 Recycelten Beton gesetzt werden.

319 Aufgrund von heute schon steigenden Temperaturen, müssen in Berlin aktiv
320 Hitzeinseln vorgebeugt werden. Dafür müssen Gebäudefassaden müssen bepflanzt
321 werden, um sowohl die Stadt grüner zu machen als auch ein beständiges Klima zu
322 sichern. Sollte eine Dach- und Fassadenbegrünung nicht möglich sein, muss die
323 Fläche möglichst hell sein, damit die Hitze sich nicht in der Stadt sammelt.

324 Die Grüne Jugend Berlin fordert, dass alle neuen öffentlichen Gebäude nach dem
325 „Passiv Standard Haus“ gebaut werden. Passivhäuser müssen zudem durch das Land
326 aktiv mit Fördermitteln unterstützt werden, damit Investor*innen vermehrt auf
327 diese Technologie setzen.

328 Wir fordern:

- 329 • •eine jährliche energetische Sanierungsquote von 10 Prozent
- 330 • •die Förderung energetischer Sanierungen bis 2025 durch das Land und den
- 331 Bund
- 332 • •mindestens 50 Prozent nachhaltige Baustoffe bei neuen Häusern/Quartieren
- 333 • •Fassaden- und Dachbegrünung auf sämtlichen Gebäuden
- 334 • •Neubau von öffentlichen Gebäuden nach dem Passiv Haus Standard

335 Begrünt die Stadt!

336 Mit dem Leben in der Großstadt verbinden viele Leute grauen Asphalt, Hochhäuser
337 und große steinerne Plätze. Doch Berlin ist viel mehr als das! Die Bäume an
338 jeder Straße, die vielen Parks und kleinen Wiesen gehören untrennbar zu unserem
339 Stadtbild dazu. Die meisten Bewohner*innen suchen in diesen grünen Oasen
340 Erholung und Entschleunigung. Sie bieten Tieren einen Lebensraum in der Stadt
341 und schaffen saubere Luft, Abkühlung und einen effektiven Schutz vor
342 Überflutungen der Straßen.

343 Deshalb heißt es: Erhalten und Erweitern. Wir müssen uns einerseits um die
344 bestehenden Grünflächen kümmern und andererseits dafür sorgen, dass es noch mehr
345 von ihnen gibt.

346 Zur Erhaltung der Grünflächen braucht es eine gute Pflege und Achtsamkeit für
347 die Natur. Der Hitzesommer 2019 hat uns die Dringlichkeit vor Augen geführt, mit
348 der sich besonders im Sommer um die Bäume und Pflanzen gekümmert werden muss.
349 Viel zu oft sah es nämlich im Juli schon aus als wäre es September: Viele Bäume
350 warfen wegen Wassermangels ihre Blätter ab. Um dies in den nächsten Jahren zu
351 verhindern, gesunde Bäume zu erhalten und kranke Bäume durch neue zu ersetzen
352 braucht es ein gut ausgestattetes Grünflächenamt.

353 Die Grüne Jugend Berlin fordert deshalb, die Mittel und Personalien des Amtes
354 auszuweiten und ein allgemeines Berliner Baumpflanzprogramm zu schaffen.
355 Zusätzlich sollten Ansätze der Berliner*innen, die Urban Gardening betreiben
356 oder sich um den Baum vor ihrer Tür kümmern, unterstützt werden. Auch sollte bei
357 der Grünflächenplanung immer die Biodiversität mitbedacht werden: Es ist
358 wichtig, möglichst insektenfreundliche Pflanzenarten und möglichst diverse
359 Baumarten zu verwenden.

360 Durch die vermehrte Nutzung von Terra preta (durch Holzkohle angereicherter
361 Humus) kann zudem CO₂ vermehrt im Boden gebunden werden und zudem die
362 Fruchtbarkeit der Berliner Grünflächen gesteigert werden. Wir fordern deshalb
363 einen verstärkten Einsatz von Terra preta im Berliner Stadtgrün.

364 Doch die bestehenden Grünflächen sind alleine nicht genug. Es braucht eine
365 großflächige Entsiegelung innerhalb von Berlin: Viel zu viele Innenhöfe, brach
366 liegende Industrieflächen und Plätze sind zu betonierte und so für Tiere und
367 Pflanzen nicht erreichbar. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel: Die
368 unversiegelte Fläche sollte zur Norm und zum erklärten Ziel werden, die
369 versiegelte Fläche sollte eine Begründung benötigen. Auch sollte jede
370 versiegelte Fläche eine Ausgleichsfläche bekommen. Damit soll keinesfalls der

371 Wohnungsneubau verlangsamt oder gefährdet werden. Auch hier kann man kreative
372 Wege finden, um der Natur mehr Raum zu geben: Auch Dächer und Fassaden von
373 Häusern können begrünt werden. Ein weiterer großer Anteil der versiegelten
374 Flächen sind die Straßen. Auch hier könnten die Mittelstreifen grün werden und
375 zur Biodiversität beitragen. Für Tiere sind nämlich die Vernetzung und direkte
376 Verbindung von Grün besonders wichtig.

377 Wir fordern:

- 378 • •Mehr Mittel und Personal für das Berliner Grünflächenamt
- 379 • •Öffentliche Unterstützung von lokalen Urban Gardening Initiativen
- 380 • •Mehr Insektenfreundliche Pflanzen auf öffentlichen Flächen
- 381 • •Förderung von Terra preta in den Berliner Grünflächenämtern
- 382 • •Ein Berliner Baumpflanzprogramm
- 383 • •Großflächige Entsiegelung, Ausgleichsflächen für Neubauten
- 384 • •Häuser- und Fassadenbegrünung
- 385 • •Mittelstreifen auf Straßen begrünen

386 Öffentliche Verwaltung muss Vorbild werden!

387 Im Berliner Energiewendegesetz wurde das Ziel formuliert, die Berliner
388 Verwaltung bis 2030 CO₂-neutral zu gestalten. Dieses Ziel unterstützt die Grüne
389 Jugend Berlin. Allerdings ist diese Zielsetzung längst nicht ausreichend.

390 Transparenz:

391 Die Erreichung dieses Zieles soll mit einem 2019 auf die Wege gebrachten
392 Maßnahmenplan gelingen.[8]

393 Leider ist dieses Maßnahmenpapier auch auf Nachfrage hin nicht öffentlich
394 einsehbar.

395 Die Grüne Jugend fordert in dieser Hinsicht mehr Transparenz. Es muss für die
396 Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, Reformen und Maßnahmenpläne in Sachen
397 Klimaschutz einsehen zu können, um bei berechtigter Kritik Einflussmöglichkeiten
398 auf diese zu haben. Oft sind in den vergangenen Jahren Vereinbarungen getroffen
399 worden, deren Umsetzung dann nur mangelhaft war, wie beispielsweise die
400 Einhaltung der Berliner Klimaziele 2020. Es braucht also die Kontrolle der
401 Medien und Bürger*innen für eine funktionierende Klimapolitik.

402 Energie:

403 Um die Berliner Verwaltung zur CO₂-Neutralität zu bringen fordern wir, dass
404 neben Konzepten der Energieeinsparungen für Energie und Heizungen auch
405 sämtlicher Strom aus erneuerbaren Energien stammt. Dasselbe gilt für sämtliche
406 Server der Berliner Verwaltung Jetzt und in der Zukunft.

407 Auch hier fordern wir mehr Transparenz. Es muss für sämtliche
408 Verwaltungseinheiten Berlins ersichtlich sein, woher diese ihren Strom
409 beziehen, bis sämtlichen Einrichtungen auf erneuerbaren Strom gewechselt haben.

410 Ressourcen:

411 CO2-Neutralität in der Verwaltung ist sehr wichtig, muss aber global gedacht
412 werden. Denn auch durch hohen Ressourcenverbrauch entstehen mehr Treibhausgase,
413 weswegen wir mehr Einsparungen in dieser Hinsicht fordern. Besonders Papier
414 trägt stark zum Klimawandel bei[9], weswegen auch die Berliner Verwaltung sich
415 langfristig das Ziel einer papierfreien Verwaltung setzen sollte.

416 Berlin ist in Sachen digitale Verwaltung auf Platz Zwei der deutschen
417 Großstädte.[10] Diese gute Stellung muss weiter ausgebaut werden, um möglichst
418 ressourcensparsam zu sein. Dabei hat der Schutz der Daten von Bürger*innen
419 natürlich höchste Priorität.

420 Klimaschutzrat:

421 Klimaschutz muss strukturell vereinfacht und gefördert werden. Der Berliner
422 Klimaschutzrat ist dafür ein guter erster Schritt, allerdings muss dieser mit
423 mehr Kompetenzen ausgestattet werden. Hier verweisen wir auf den von der Grünen
424 Jugend vorgeschlagenen Klimavorbehalt auf Berliner Landesebene: „Alle neuen
425 Gesetze müssen darauf geprüft werden, ob sie unsere natürlichen Lebensgrundlagen
426 schützen oder weiter kaputt machen.“ [11]

427 Klimaschutz in der Bezirksverwaltung:

428 Neben dem Klimaschutzrat fordern wir ein generelles Umdenken in der Verwaltung.
429 Bei jeder Entscheidung sollte Klimaschutz mitbedacht werden. Dafür fordern wir
430 in jedem Bezirk mehrere Klimamanager*innen, die mit weitreichenden Kompetenzen
431 ausgestattet sind und bei wichtigen Entscheidungen beteiligt werden müssen.

432 Um die Bezirke zu mehr Klimaschutz zu bewegen sollte es externe
433 Klimaschutzbeauftragte geben, die beispielsweise von Umweltverbänden dafür
434 bereitgestellt und von der Stadt bezahlt werden. Diese werden dann in die
435 jeweiligen Bezirke geschickt, um dort mit den Klimamanager*innen neue Ziele
436 festzustecken und diese regelmäßig zu überprüfen. Bei Nichteinhaltung dieser
437 Ziele sollten Strafzahlungen folgen.

438 Fortbildungen für Mitarbeiter*innen:

439 Um alle Mitarbeiter*innen der Verwaltung mitzunehmen sollten Mitarbeiter*innen
440 regelmäßig Fortbildungen besuchen, auf denen sie über Nachhaltigkeit auf der
441 Arbeit und die Relevanz des Themas gebildet werden.

442 Unterstützung von Projekten:

443 Im Rahmen von Projekten wie dem European Energy Awards[12] und save@work[13]
444 gibt es immer wieder sehr zu unterstützende Pilotprojekte, um die Berliner
445 Verwaltung näher an Umweltschutz zu bringen.

446 Doch steckt darin auch ein Armutzeugnis der Berliner Regierung, dass diese
447 Projekte überhaupt notwendig sind. Außerdem sind diese zeitlich begrenzt.

448 Deshalb fordern wir eine zeitlich unbegrenzte Förderung beider Projekte für ganz
449 Berlin, um die bereits in den Projekten gesammelte Erfahrung für das Ziel zu
450 nutzen, die Berliner Verwaltung so schnell wie möglich ökologisch nachhaltig zu
451 gestalten.

452 Wir fordern:

- 453 • •Mehr Transparenz bei der Umsetzung von Klimaschutzplänen
- 454 • •Einen nachhaltigen Umgang in Sachen Energie und Ressourcen
- 455 • •Einen Klimaschutzrat mit der Kompetenz des Klimavorbehalts
- 456 • •Klimamanager*innen und Klimaschutzbeauftragte für Bezirksregierungen
- 457 • •Ökologische Fortbildungen für Mitarbeitende
- 458 • •Mehr finanzielle Mittel, um nachhaltige Projekte zu unterstützen.

459 Klimagerechtigkeit in die Schule!

460 In unserem Bildungssystem fehlen bis jetzt die Aspekte Klimawandel,
461 Nachhaltigkeit, nachhaltige Entwicklung und Klimagerechtigkeit fast völlig. Dass
462 dieses Thema in den nächsten Jahrzehnten zu einem der wichtigsten Fragen der
463 Menschheit wird, steht fest. Trotzdem kommen die Themen Umweltschutz,
464 Klimawandel, Klimagerechtigkeit, Nachhaltigkeit, nachhaltige Entwicklung und der
465 menschliche Einfluss auf die Erde nur als Rand- oder Unterthemen vor.

466 Im Berliner Rahmenlehrplan für die Jahrgangsstufen 1-10 fehlt dieser
467 Themenabschnitt völlig bei Gesellschaftswissenschaften, bei Politische Bildung,
468 Biologie und Geographie ist dieser lediglich Unterpunkt eines
469 Themenabschnitts.[14] Das reicht nicht!

470 Um diese Bildungslücke zu schließen, schlagen wir zweierlei vor: wir fordern
471 einerseits einen größeren Fokus auf diese Themen fächerübergreifend in der
472 Schule. Das Problem muss ständig bewusst bleiben, deshalb braucht es mehr Texte,
473 Aufgaben und Übungen, die oben erwähntes als Thema haben. Wenn Schüler*innen
474 einen Text auf Englisch übersetzen müssen, kann dieser sich beispielsweise mit
475 Plastikverschmutzung beschäftigen. Dasselbe gilt für Aufgaben in vielen anderen
476 Bereichen.

477 Darüber hinaus fordern wir das Fach Klimagerechtigkeit. Es muss sich in der
478 Schule mit den Themen nachhaltige Entwicklung, Klimagerechtigkeit, Klimawandel
479 und Umweltschutz ausgiebig befassen werden!

480 Es gibt bereits einige Pilotprojekte in Deutschland aber größtenteils wird
481 politische Bildung von außerschulische Träger*innen übernommen. Das sollte nicht
482 nötig sein.

483 Da in Berlin nur zehn Jahre Schulpflicht besteht, darf dieses Fach nicht
484 lediglich als Wahlpflichtkurs ab der elften Klasse angeboten werden.

485 Es ist wichtig, Kindern möglichst früh beizubringen auf Nachhaltigkeit zu
486 achten, daher sollte bereits in der Grundschule damit begonnen werden, sich mit
487 Klimaschutz auseinander zu setzen.

488 Spätestens ab der Oberschule sollte dieses Fach Pflicht sein, damit allen
489 Schüler*innen die Fakten unserer aktuellen Lage bewusst ist.

490 Erlebbarer Klimaschutz für alle!

491 Um Schüler*innen das Thema Ökologie und Umweltschutz auf interessante Weise
492 näher zu bringen und neue Perspektiven fern ab vom Klassenraum zu ermöglichen,
493 setzen wir uns dafür ein, dass für mehrere Schulen ein zentraler Garten
494 geschaffen wird, wo Schüler*innen freiwillig mit Lehrpersonal bilden können und
495 Raum für ökologische Projekte ist. In diesen Gärten darf nur ein Anbau von
496 Insektenfreundlichen Nutzpflanzen erfolgen. Dort könnte auch ein Teil des Faches
497 Klimagerechtigkeit stattfinden. Projekte wie diese sollten vom Senat extra
498 gefördert werden.

499 So würde auch mehr Abwechslung in den Schulalltag kommen, die Schüler*innen
500 würden sich mehr bewegen, was im jungen Alter sehr gut ist und die Schulbildung
501 wäre weiter gefächert und interdisziplinärer durch die Möglichkeit, handwerklich
502 und gärtnerisch aktiv werden zu können.

503 Außerdem fordern wir mehr ökologische Exkursionen und mindestens eine
504 Klassenfahrt, die sich mit dem Themenkomplex Klimagerechtigkeit und Umweltschutz
505 beschäftigt. Zudem soll bei dem Planen einer Klassenfahrt immer der ökologische
506 Faktor hinsichtlich Anfahrt und Unterbringung in Erinnerung bleiben. Auf sehr
507 klimaschädliche Reismethoden wie das Fliegen soll generell verzichtet werden.

508 Neben dem Unterricht muss der Klimaschutz auch bei dem Bau von Schulen beachtet
509 werden. Der Senat muss daher Pläne entwickeln, um bis 2025 alle Schulen
510 Klimaneutral zu gestalten.

511 Auch die Natur sollte in und um die Schule im Vordergrund stehen. Was wir für
512 Klimaschutzmaßnahmen bei Gebäude und Grünflächen fordern, muss besonders bei
513 Schulen umgesetzt werden.

514 Nachhaltigkeit auch auf den Tellern!

515 Da das Thema Ernährung einen wichtiger Faktor bei der Emissionsminimierung
516 darstellt, muss auch hier in den Schulen ein neuer Maßstab gesetzt werden. Wir
517 fordern, dass das Mensa und Cafeteria Essen an Schulen, Kindergärten und
518 Universitäten 100% Bio ist und hauptsächlich aus regionalem Anbau stammt. Zudem
519 soll das Angebot ausschließlich vegetarisch und vegan sein. Außerdem soll eine
520 Auseinandersetzung mit bewusster Ernährung stattfinden. So soll auch im
521 Unterricht, am Besten schon ab der Grundschule, das Thema Ernährung Platz
522 finden. Es muss eine breite Aufklärung über Produktion von Lebensmitteln
523 erfolgen.

524 Schulen for Future

525 Da die jetzigen Klimaschutzmaßnahmen auf Landes- und Bundesebene mangelhaft
526 sind, ist das Anliegen von weiter FFF berechtigt. Die GJ stellt sich deshalb
527 hinter den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen Berlin "Für das Recht auf Zukunft –
528 Solidarität mit Fridays for Future"[15] und fordert das Land Berlin dazu auf,
529 gemeinsam mit den Lehrer*innen Lösungen für die Anliegen der streikenden
530 Schüler*innen zu finden.

531 Wir fordern:

- 532 • •einen größeren Fokus auf die Themen Klima- und Umweltschutz
- 533 fächerübergreifend in der Schule
- 534 • •das Fach Umwelt- und Klimaschutz
- 535 • •für jede*n Schüler*in einen Schulgarten
- 536 • •Klassenfahrten und Exkursion mit dem Fokus auf Klima- und Umweltschutz
- 537 • •Entsiegelte Schulhöfe
- 538 • •Regionales bio Essen in Cafeteria und Mensa

539 Quellen:

- 540 [1] <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und->
- 541 [verwaltung/gremien/beiraete/artikel.394180.php](https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/gremien/beiraete/artikel.394180.php)
- 542 [2] <https://www.boell.de/de/2018/12/18/weniger-autos-mehr-leben-auf-den-strassen>
- 543 [3] <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nahverkehrsplan-so-sollen-bvg-und-s-bahn->
- 544 [in-zukunft-fahren/24038246.html](https://www.tagesspiegel.de/berlin/nahverkehrsplan-so-sollen-bvg-und-s-bahn-in-zukunft-fahren/24038246.html)
- 545 [4] <http://gj-berlin.de/baerenkarte/>
- 546 [5] <https://www.spiegel.de/auto/aktuell/berlin-erster-geschuetzter-fahrradweg->
- 547 [eroeffnet-a-1237657.html](https://www.spiegel.de/auto/aktuell/berlin-erster-geschuetzter-fahrradweg-eroeffnet-a-1237657.html)
- 548 [6] <https://www.umweltbundesamt.de/e-scooter-momentan-kein-beitrag-zur->
- 549 [verkehrswende](https://www.umweltbundesamt.de/e-scooter-momentan-kein-beitrag-zur-verkehrswende)
- 550 [7] <https://www.morgenpost.de/flughafen-BER/article211739933/Ausbau-So-soll-der->
- 551 [BER-auf-doppelte-Kapazitaet-wachsen.html](https://www.morgenpost.de/flughafen-BER/article211739933/Ausbau-So-soll-der-BER-auf-doppelte-Kapazitaet-wachsen.html)
- 552 [8] <https://www.berlin.de/senuvk/klimaschutz/vorbild-oeffhand/co2neutral/>
- 553 [9] <https://www.wwf.de/themen-projekte/waelder/papierverbrauch/zahlen-und->
- 554 [fakten/](https://www.wwf.de/themen-projekte/waelder/papierverbrauch/zahlen-und-fakten/)
- 555 [10] <https://www.bitkom.org/Smart-City-Index>
- 556 [11] <https://gruene-jugend.de/wir-fordern-bundesweiten-klimavorbehalt/>
- 557 [12] <https://www.european-energy-award.de/european-energy-award/>
- 558 [13] <https://www.saveatwork.de/wettbewerb>
- 559 [14] <https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/faecher->
- 560 [rahmenlehrplaene/rahmenlehrplaene/rlp-kompakt-1-10.pdf](https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/faecher-rahmenlehrplaene/rahmenlehrplaene/rlp-kompakt-1-10.pdf)
- 561 [15] <https://gruene.berlin/nachrichten/fuer-das-recht-auf-zukunft-solidaritaet->
- 562 [mit-fridays-future](https://gruene.berlin/nachrichten/fuer-das-recht-auf-zukunft-solidaritaet-mit-fridays-future)